

Der Übertritt ins Berufsleben misslingt immer häufiger

Politiker und Verbände sind überzeugt, das duale Bildungssystem der Schweiz sei vorbildlich. Sie übersehen dabei zahlreiche Krisensymptome, *schreibt Felix E. Müller*

Zu den Besonderheiten des Schweizer Bildungssystems gehört, dass man spät mit der Schule beginnt, sich dafür umso früher für einen Beruf zu entscheiden hat. Wer im Herbst 2005 eine Lehrstelle ergattert will, der beschäftigt sich jetzt schon seit einem halben Jahr mit der Frage, was dereinst sein Broterwerb sein könnte; er hat also mit gut 14 Jahren eine der wirklich wichtigen Weichenstellungen im Leben zu vollziehen.

Weshalb so früh? Weil sich der Übertritt ins Erwerbsleben zunehmend schwieriger gestaltet. Einer soeben veröffentlichten Studie des Bundesamtes für Statistik («Transition von der Erstausbildung ins Erwerbsleben») ist zu entnehmen, dass rund ein Viertel – in manchen Deutschschweizer Kantonen bis zu einem Drittel! – aller schulentlassenen Jugendlichen den direkten Übergang in eine nachobligatorische Ausbildung nicht schafft und eine mehr oder weniger freiwillige Zwischenlösung wie ein 10. Schuljahr, ein Motivationssemester, eine Vorlehre, ein Praktikum oder ein Auslandsjahr einschaltet.

Doch auch nach einer solchen Warteschleife klappt der Einstieg in eine Berufsausbildung nicht unbedingt: Zwei Jahre nach Ablauf der obligatorischen Schulzeit sind immer noch fast zehn Prozent der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz. Dass es sich dabei primär um schulisch schwache Kinder von Immigranten handelt,

überrascht kaum. Sie scheitern an einer Entwicklung, die sie doppelt benachteiligt: Tendenziell sinkt das Angebot an Lehrstellen, und gleichzeitig hat sich die Selektion durch die Ausbilder deutlich verschärft.

Die Zahlen zeigen, in welchem Ausmass heute bei vielen Jugendlichen diese zentrale Weichenstellung auf dem Lebensweg geprägt ist von Enttäuschungen und Frustrationen. Dass nicht wenige an dieser Klippe vermutlich vollständig scheitern und in eine gesellschaftliche Randständigkeit abdriften, müsste Anlass zur Sorge sein. Denn hier baut sich ein gesellschaftliches Sprengpotenzial mit offensichtlichen Konsequenzen im Bereich der Fürsorge oder der Strafverfolgung auf.

Im Gegensatz zur offiziellen Statistik singt die offizielle Rhetorik jedoch weiterhin das Hohelied der dualen Berufslehre. Diese stelle dank der Verbindung von theoretischer und praktischer Ausbildung, dank der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft ein vorbildliches System für den Berufseintritt dar, heisst es jeweils in den politischen Sonntags-Ansprachen. Doch am Werktag zeigt sich dann, dass die Wirtschaft in abnehmendem Ausmass willens oder fähig ist, die ihr zugewiesene Rolle zu übernehmen. In den letzten Jahren haben deshalb der Staat und seine von ihm kontrollierten Unternehmen zusätzliche Lehrstellen schaffen müssen, um die Rückgänge in der Privatwirtschaft zu kompensieren.

Doch nicht nur in diesem Fall ist es letztlich der Steuerzahler, der die Zeche bezahlt. Auch für die Finanzierung der diversen Auffangnetze für Schulabgänger, die bei der Lehrstellensuche vorerst scheitern, wird der Staat zur Kasse gebeten. Die Warnungen vor Verstaatlichungstendenzen in der Berufsbildung, wie sie etwa wieder im Frühjahr 2003 bei der Ablehnung der Lehrstelleninitiative dominierten, erweisen sich so mindestens teilweise als Abstimmungspropaganda, findet doch eine schleichende Verstaatlichung der Berufsbildung durch die Hintertür statt.

Doch dies ist nicht der einzige Widerspruch zwischen Worten und Fakten: Wenn die Schulabgänger zunehmend auf Zwischenlösungen ausweichen müssen, verlängert sich die Ausbildungszeit dementsprechend. Gleichzeitig fordert die Politik im Hinblick auf die Finanzierung der Sozialwerke immer stärker einen früheren Eintritt ins Berufsleben – also eine Verkürzung der Ausbildungszeit.

Es ist absehbar, dass der Stellenwert der Lehre weiter sinken wird. Die Politik sollte deshalb schon jetzt intensiv nach Alternativen suchen.

Die Schweizer Bildungspolitik hat mit ihrer vehementen Verteidigung des dualen Bildungssystems einen stark defensiven Charakter. Der Zugang zur höheren Bildung soll erschwert und die Berufslehre mit aller Macht gefördert werden. Da jedoch der Weg über die Lehre zunehmend schwieriger wird, optieren viele von vornherein für eine höhere Schule. Denn nicht jeder Jugendliche, der seine Wunsch-Lehrstelle nicht finden konnte, tröstet sich mit den Hinweisen der Berufsbildungsämter, es gebe noch offene Plätze etwa im Bäckerei- oder Autogewerbe – zumal viele, die für diese Branchen wirklich in Frage kämen, infolge gestiegener Anforderungen keinen Lehrvertrag erhalten.

Es ist absehbar, dass der Stellenwert der Berufslehre tendenziell weiter sinken wird. Die Suche nach Alternativen – etwa die systematische Integration allgemein bildender Vollzeitschulen in Ausbildungslehrgänge – sollte die Politik intensiv beschäftigen; die jüngste Statistik wäre ein Anstoss dazu. Sie widerspricht auf jeden Fall der schönfärberischen Aussage, wie sie der Bundesrat in der Einleitung zum neuen, Anfang 2004 in Kraft getretenen Berufsbildungsgesetz gemacht hat: «Das duale System hat sich als ideale Voraussetzung für den Einstieg in die Arbeitswelt und für wirksames Lernen erwiesen.» Bald einmal 40 Prozent der Schweizer Jugendlichen würden diese Aussage wohl nicht mehr tel quel unterschreiben.